

Hilke Pralle

90455 Nürnberg, Sigmund-Freud-Str. 22

Tel. 0911/88 28 04

E-Mail prallhik@t-online.de

08. November 2018

Verlag Nürnberger Presse
Druckhaus Nürnberg GmbH & Co. KG
Postfach

90327 Nürnberg

Aufreger Migrationspakt: Wie Rechte gezielt Hass schüren v. 03.11.18, S.4

Geehrte Damen/Herrn der Redaktion!

Der oben angeführte Artikel vom Wochenende ist ein Paradebeispiel für Orwellsche Sprachpraxis, wobei ich leichtsinnigerweise voraussetze, dass Ihnen der Roman „1984“ bekannt ist. Allein die Überschrift beweist das. Es sind doch nicht „die Rechten“, die Hass schüren, sondern Sie mit Ihrer Zeitung, jeden Tag aufs neue, indem Sie die Menschen verunglimpfen, die in aufrichtiger Sorge um die Zukunft ihrer Kinder und Enkel versuchen, von Deutschland Unheil abzuwehren! Die Befürchtung, dass es sich bei diesem Migrationspakt, wenn er unterzeichnet wird, um eine Katastrophe für ganz Europa handelt, haben doch nicht nur „die Rechten“ thematisiert. Namhafte Staats- und Völkerrechtler sowie ehemalige Richter vom Bundesverfassungsgericht, die von der Sache mehr verstehen als Sie in Ihrer Redaktion alle zusammen, warnen vor den Folgen der Unterzeichnung. Aber inzwischen wird jede Kritik an der Regierungspolitik als „rechtspopulistisch“ und damit als Hetze und Hass abqualifiziert. Glauben Sie im Ernst, dass die Regierungen der Staaten, die die Unterzeichnung ablehnen, alle dumm sind? Was Sie in diesem Artikel an literarischen Beruhigungspillen austreuen, muss sich auf einen anderen Migrationspakt beziehen, aber nicht auf den, dessen Text im Internet abrufbar ist.

Es gibt mehrere Möglichkeiten:

- Sie haben diesen sehr umfangreichen Text nie gelesen,
- Sie haben ihn nicht verstanden bzw. können die Konsequenzen dieses Paktes nicht ermessen,
- Sie haben die Absicht, Ihre Leser bewusst zu täuschen oder
- Sie haben vorgeschrieben bekommen, was Sie zu verbreiten haben.

Letzterer Vermutung versucht Herr Damerow mit seiner Antwort auf die Frage „*Dürfen die Medien kritisch über den Migrationspakt berichten*“ entgegen zu treten, indem er in Abrede stellt, dass es für Journalisten einen Maulkorb gibt. Selbstverständlich dürfen diese alles schreiben oder sagen, was sie für richtig halten, aber nur einmal, weil sie anschließend ihren Job verlieren. Dafür gibt es inzwischen etliche Beispiele. Das prominenteste ist Eva Hermann.

Damerow unterschlägt, wie es unter 17 b weitergeht: Hier wird angedroht, mit der „... **Einstellung der öffentlichen Finanzierung oder materiellen Unterstützung** (der Medien), *die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung gegenüber Migranten fördern*. Das heißt nichts anderes, als dass jede Kritik an der massenhaften Migration oder am Verhalten der einzelnen Migranten als Hass deklariert wird mit den angeführten Folgen. Und was Sie z.B. als Hass verstehen, habe ich in meinem ersten Absatz bereits erwähnt.

Dieser Migrationspakt wurde seit mindestens zwei Jahren klammheimlich vorbereitet. Wären nicht die USA mit großem Pomp davon zurückgetreten, hätte man bei uns nichts davon erfahren. Dass nun kurz vor dem angesagten Termin im Dezember eine Diskussion losgebrochen ist, verdanken wir allein den **alternativen Medien** und der „bösen rechtspopulistischen“ AfD, die gegen die Unterzeichnung Sturm laufen. Ohne die AfD hätte es in dieser Woche auch keine Debatte im Bundestag gegeben. Ich frage Sie, wer sind denn hier die Demokratiefeinde?

Die Befürworter des Migrationspakts, damit auch Sie, lassen nicht nach zu betonen, dass dieser Pakt völkerrechtlich nicht bindend sei und die Souveränität der einzelnen Staaten nicht angetastet würde. Wieso soll Deutschland dann aber den Vertrag überhaupt unterschreiben, wenn in dem Text beinahe in jedem Absatz bzw. in jedem der aufgestellten Ziele die Formulierung „wir verpflichten uns“ vorkommt?

Dem ehemaligen Focusredakteur Oliver Janich, auch ein entlassener Journalist, ist es zu verdanken, im Internet auf eine Studie aufmerksam gemacht zu haben, die die EU 2009 an verschiedene Beratungsunternehmen in Auftrag gegeben hat, mit dem Namen *Study on the Feasibility of establishing a mechanism for the Relocation of Beneficiaries of international protection*, abrufbar im Internet unter JLX/2009/ERFX/PR/1005. Darin geht es, kurz gesagt, um die Planung der Umsiedlung ganzer Völker, vornehmlich aus Afrika, nach Europa. Es wurde darin berechnet, wie viel zusätzliche Menschen jedes Land in Europa verkraften könnte. Für Deutschland, das gegenwärtig ungefähr 82,5 Millionen Einwohner hat, wird die Zahl 274 Millionen als verkraftbar angegeben. Das wären **192 Millionen zusätzliche Menschen**. Für die anderen europäischen Staaten ist Ähnliches erstellt worden. Reicht Ihre Vorstellungskraft aus, sich auszumalen, was das für Europa bedeutet? Verschwörungstheorie? Machen Sie sich bitte selber im Internet kundig. Nun weiß man auch, dass die Grenzöffnung von 2015 nicht Merkels Idee war, sondern dass sie als überzeugte EU-Verfechterin vermutlich diesen Plan kennt und nun dabei ist, an der Umsetzung mitzuwirken. Können Sie wirklich angesichts der zu erwartenden Kosten, Umweltschäden, des Verlustes an Lebensqualität der autochthonen Bevölkerung etc. vor Ihrem Gewissen verantworten, die Unterzeichnung des Migrationspaktes weiter zu propagieren?

Ich habe mir lange überlegt, ob ich diesen Brief schreiben soll, denn ich bin 76 Jahre alt. Ich habe mich dazu aufgerafft, **denn wer schweigt, macht sich schuldig**.

Falls Sie auf die Idee kommen sollten, aus diesem Brief aus dem Zusammenhang gerissene Sätze zu veröffentlichen, werde ich mich wehren.

Mit freundlichem Gruß